

Stand: 12.02.2026 23:58:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4365

"Tragfähige Lösungen statt Klimawahn: Moratorium für wettbewerbsschädliche Klimaschutzvorgaben jetzt!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4365 vom 11.12.2024
2. Beschluss des Plenums 19/4381 vom 12.12.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 12.12.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Tragfähige Lösungen statt Klimawahn: Moratorium für wettbewerbsschädliche Klimaschutzvorgaben jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bayerischen Klimaziele der Treibhausgasneutralität bis 2040 auszusetzen und ein sofortiges Moratorium für wirtschaftsschädliche Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.

Begründung:

Zahlreiche internationale Krisen und eine schwächelnde Wirtschaft gefährden den bayerischen Wohlstand. Angesichts dieser Herausforderungen ist eine realistische und marktorientierte Energiepolitik wichtiger denn je. Dies umfasst auch die sichere und effiziente Nutzung von Kernenergie sowie fossilen Energieträgern. Die einseitige Fokussierung auf Treibhausgasneutralität verkennt sowohl die Notwendigkeit einer soliden wirtschaftlichen Basis in Bayern, als auch die Möglichkeiten der Staatsregierung derartige Maßnahmen ohne gravierende gesellschaftliche Einschnitte umzusetzen.

Noch immer heizen 70 Prozent der Haushalte in Bayern mit Öl oder Gas. Um die 2,7 Mio. der bayerischen Wohngebäude wurden vor dem Jahr 2000 gebaut. Davon müssten mindestens 1,2 Mio. kernsaniert werden, damit z. B. eine Wärmepumpe sinnvoll betrieben werden kann. Auch eine vollständige Transformation des Mobilitätssektors ist innerhalb von 16 Jahren nicht möglich.

Schon heute zahlen unsere Bürger im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Energiepreise und müssen zudem die Abwanderung von lebensnotwendigen Arbeitsplätzen ins Ausland beobachten. Der Handel mit Emissionszertifikaten hat dabei in der Realität nichts mit Klimaneutralität zu tun, sondern befördert lediglich eine Umverteilung volkswirtschaftlichen Wohlstandes in andere Länder, die Unternehmen günstigere wirtschaftliche Rahmenbedingungen bieten.

Auch der Umwelt ist damit insgesamt nicht geholfen, weil die hohen, in Bayern etablierten Umweltstandards in diesen Ländern keine Anwendung finden. Der Gedanke des Klimaschutzes ist angesichts der kriselnden Industrie in Bayern, einer immer noch spürbaren Inflation und wachsender globaler Konflikte fragwürdiger denn je. Vor allem in Anbetracht ohnehin stark begrenzter staatlicher Mittel, die besser in wertschöpfende Strukturen angelegt werden sollten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/4365

Tragfähige Lösungen statt Klimawahn: Moratorium für wettbewerbsschädliche Klimaschutzvorgaben jetzt!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Josef Lausch

Abg. Gerd Mannes

Abg. Karl Straub

Abg. Dr. Andrea Behr

Abg. Florian von Brunn

Abg. Benno Zierer

Staatsminister Thorsten Glauber

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Bayern klimaneutral 2040 - Für Sicherheit, Wohlstand und ein gesundes Klima
(Drs. 19/4314)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Tragfähige Lösungen statt Klimawahn: Moratorium für wettbewerbsschädliche Klimaschutzvorgaben jetzt! (Drs. 19/4365)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ohne Atomkraft gibt es kein Erreichen der Klimaziele. – Das ist die neueste Ausrede von Ministerpräsident Markus Söder für sein Versagen beim Klimaschutz. Wenn man es sich aber genauer anschaut, dann sieht man, dass die Emissionen im Energiebereich im Jahr 2023 in Bayern, also im Jahr des Ausstiegs, niedriger gewesen sind als 2021 und 2022. Die Treibhausgasemissionen im Energiebereich sind also seit dem Atomausstieg gesunken. Da wackelt die Ausrede des Ministerpräsidenten schon kräftig. Wer sich auskennt, den wundert es auch nicht; denn die Atomkraft spielt beim Klimaschutz eine wirklich sehr kleine Rolle. Isar 2 hat in seinen besten Zeiten gerade einmal 10 Terawattstunden Energie erzeugt. Bayern hat einen Gesamtenergiebedarf von 500 Terawattstunden; Isar 2 macht also gerade einmal 2 % aus. Durch den Wegfall dieser 2 % soll das Erreichen des Klimaziels 2040 nicht mehr möglich sein? – Herr Söder, so ein Blödsinn! Sie hatten schon einmal bessere Ausreden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber Ausreden können wir jetzt wirklich nicht brauchen. Die Lage ist viel zu ernst. Die Experten von Copernicus berechneten, dass wir 2024 weltweit erstmals über das 1,5-Grad-Ziel hinausschießen. Es vergeht kein Tag ohne Bilder in den Nachrichten: zum Beispiel von brennenden Wäldern, wie jetzt erst wieder in Kalifornien; die Überflutungen in Spanien mit 200 Toten sind noch nicht lange her; wir hatten in diesem Sommer massive Überschwemmungen in Bayern. Das Klima lässt sich nicht bescheißen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN. Aber Sie tricksen, dass sich die Balken biegen.

Die Stromimporte lagen 2023 zum Beispiel bei 21 Terawattstunden; das macht insgesamt 8 Millionen Tonnen CO₂ aus. Ein Viertel des Strombedarfs Bayerns müssen Sie mittlerweile importieren. Das kehren Sie aber in der Klimabilanz alles unter den Teppich, genauso wie die Windräder. Im Klimabericht der Staatsregierung von Minister Glauber werden Windräder aufgeführt, die sich überhaupt noch nicht drehen. Die Ausgleichszertifikate, über die wir hier lange diskutiert haben, sind irgendwo am Ende der Welt; kein Mensch weiß, ob sie greifen oder nicht. Ihre Klimapolitik ist wirklich ein Fiasco.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei hätten wir aber jetzt wirklich einen Fahrplan, den man nehmen und umsetzen könnte. Die Energiesystemanalyse der FfE, der Forschungsstelle für Energiewirtschaft, haben Sie selbst in Auftrag gegeben; da stehen viele Maßnahmen drin. Als Zusammenfassung steht da zum Beispiel: "Die Elektrifizierung ist ein Kernelement der Transformation und wird ergänzt durch die Nutzung von Wasserstoff, Bioenergie, grüner Fernwärme und synthetischen Energieträgern." – Der Fokus liegt also auf Elektrifizierung, und da sind viele Maßnahmen genannt. Aber Sie schauen es sich nicht einmal an.

Minister Aiwanger macht einen Energieplan 2040, der überhaupt keine Maßnahmen aufgreift, die in dieser Energiesystemanalyse enthalten sind. Hören Sie doch endlich auf Ihre Fachleute!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anstatt aber das zu tun, kämpfen Sie weiter für den Verbrenner. Das Deutschlandticket lehnt Bayern als einziges Bundesland kategorisch ab. Die Wärmepumpen sind bei Ihnen immer noch böse. So wird es definitiv nichts mit dem Klimaschutz.

Schaut man sich den Haushalt jetzt noch einmal genauer an, so sieht man, dass Ihre Ausgaben für die Beseitigung der Klimaschäden in den letzten Jahren deutlich höher waren als für den vorbeugenden Klimaschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN. Kann das denn eine vorausschauende Politik sein? Die Schäden gehen heuer wieder in Hunderte Millionen Euro. Was Sie für den Klimaschutz ausgeben, ist so klein.

Daher kann man wirklich sagen: Ich kann auch die ganzen betroffenen Gesichter nicht mehr sehen, wenn Sie dann nach einer Flutkatastrophe in Gummistiefeln draußen stehen und ein betroffenes Gesicht machen.

(Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Das ist Populismus! – Weitere Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kaum sind die Gummistiefel ausgezogen, lehnen Sie wieder alle Klimaschutzanträge ab. Sie lehnen wieder alles ab und machen weiter wie vorher, ohne selbst eigene Maßnahmen einzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dass sich der Ministerpräsident in einem Jahr wie heuer hinstellt und hier das Klimaziel 2040 mit fadenscheinigen Argumenten infrage stellt, ist wirklich unglaublich. Wie

oft habe ich meine Rede mit den Worten beendet: Packen wir endlich an? Sie haben aber nichts getan. Aufgrund Ihrer ganzen populistischen Politik kommen langfristige Investitionen in den Klimaschutz einfach nicht vor.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das sagt der Richtige!)

Beim Aufräumen danach sind Sie vielleicht noch zur Stelle. Die Schäden nehmen jedoch immer mehr zu. Das wächst Ihnen über den Kopf. Das werden Sie so nicht mehr schaffen. Trotz der schlechten Erfahrungen richte ich am Schluss den Appell an Sie: Halten Sie an den Klimazielen fest. Nehmen Sie das 2030-Ziel fest in den Blick. Hören Sie auf die Gutachten der Experten. Setzen Sie endlich die Maßnahmen um, die dort skizziert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Dazu erteile ich zunächst dem Kollegen Josef Lausch von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Stümpfig, ich darf Sie an die Aktuelle Stunde "Populismus" erinnern. Das Gummistiefel-Argument ist in dieser Richtung einzuordnen. Auch Bundeskanzler Scholz als Vertreter der Bundesregierung war in Gummistiefeln im Hochwassergebiet. Er hat für die Hochwasserschäden große Summen versprochen. Es ist nichts, null Komma null, gekommen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ihr habt nichts beantragt!)

Die zweite Frage lautet: Wie äußern Sie sich zu dem Biomasse- bzw. Biogaspaket, das am 6. Dezember vorgestellt worden ist und wohl zu einer Abwicklung einer ganzen Erneuerbare-Energien-Branche führen wird, in der Bayern führend ist, und durch das sogar fossile Gaskraftwerke bessergestellt werden als bestehende Biogasanlagen?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Lausch, wie oft haben wir dafür appelliert, mehr vorbeugenden Klimaschutz zu betreiben? Von daher ist meine Wut berechtigt. Ich kann es einfach nicht mehr sehen. Sie tun viel zu wenig. Es sind 150 Maßnahmen in dem Paket. Am Schluss kommt nichts dabei raus. Es werden irgendwelche Bilanzen herangezogen. Schließlich wird gesagt, wir seien jetzt bei 70 % der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Bayern. Sie haben fast gar keine Stromerzeugung mehr. Wenn man fossile Energien ausschaltet, ist es klar, dass automatisch der Anteil erneuerbarer Energien steigt.

(Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Auf die Frage antworten! Was ist mit Biogas?)

Wem bringt diese Trickserie etwas? Wollen Sie nur schön dastehen? Deshalb ist das reiner Populismus.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Habeck hat Populismus betrieben! Ihr habt Biogas versprochen!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, Sie haben jetzt über Zerstörung gesprochen. Soll ich Ihnen etwas sagen? Wissen Sie, wer zerstört? – Sie, und zwar die Wirtschaft mit Ihrer unglaublich schlechten Politik. Das muss man mal ganz klar sagen.

Jetzt komme ich zum anderen Thema. Sie haben überhaupt nichts dazu gesagt, wie Sie Bayern bis zum Jahr 2040 CO₂-frei machen wollen. Sie wissen es nämlich nicht. Ich nenne nur ein paar Zahlen. Es gibt 10 Millionen Verbrenner auf Bayerns Straßen. 70 % der Häuser werden noch mit Öl und Gas befeuert. Wissen Sie, wie es beim

Strom aussieht? – Ohne den Kernkraftstrom, den wir aus dem Ausland kaufen, gehen hier die Lichter aus.

(Zuruf von den GRÜNEN: So etwas Lächerliches!)

Sagen Sie uns doch einfach mal, wie Sie das erreichen wollen. Ich sage Ihnen etwas: Wer die Grundrechenarten beherrscht, der weiß, es geht nicht.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sie führen immer wieder die Stromimporte an. Bayern hatte letztes Jahr 21 Terawattstunden Stromimport. Ganz Deutschland hatte im Jahr 2023 9 Terawattstunden. Wo kommt denn dann die Notwendigkeit für die Stromimporte her? – Da muss man doch ganz klar sagen: An dieser Stelle macht Bayern nicht seine Hausaufgaben. In der Energiesystemanalyse der FfE ist ein breites Band an Maßnahmen enthalten, was man machen muss. In der Wärmestrategie des Wirtschaftsministers stehen wieder nur Wasserstoff und Holz. Das ist zwar wichtig, aber nur ein kleiner Baustein. Deshalb kritisiere ich an dieser Stelle: Es geht vollkommen in die falsche Richtung. Es gibt Möglichkeiten, und es gibt Maßnahmen. Schauen Sie einmal in die Systemanalyse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Karl Straub von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Kollege Stümpfig, ich möchte auch noch einmal nachfragen, weil Sie keine Antwort gegeben haben. Herr Lausch hat Sie auch schon gefragt. Der Meister des Populismus, Vizekanzler Habeck, war auch mit Gummistiefeln im Hochwassergebiet. Um der Antwort vorzugreifen: Die rechtlichen Grundlagen für Hilfen aus dem Bund liegen vor. Diese sind bis heute nicht gekommen. Sie wurden

sowohl von Kanzler Scholz als auch von Herrn Habeck versprochen. Wie stehen Sie dazu?

Zweite Frage: Hochwasserschutz wird seit Jahren von grünen Naturschutzverbänden behindert. Wie stehen Sie zu den FFH-Gebieten, die oftmals nötig wären, um Menschen zu schützen? Wie stehen Sie zu Menschenschutz, und zwar nicht nur dann, wenn akut Hochwasser ist, sondern auch, wenn dieses eine Zeit lang wieder vorüber ist? Wo bleibt unsere Hilfe?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Um Hilfe zu bekommen, muss man auch einen Antrag stellen. Dann muss man einmal die Schäden zusammenstellen und den Antrag in Richtung Berlin stellen. Wurde er gestellt?

(Widerspruch bei der CSU)

– Nein, er wurde nicht gestellt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie lenken ab!)

Ich denke zum Beispiel an die Polder-Diskussion. Man hatte das alles schon in trockenen Tüchern. Dann haben Sie das Ganze wieder aufgemacht. Natürlich war es hauptsächlich Minister Aiwanger, der die Polder wieder infrage gestellt hat. Wir brauchen sie ganz dringend. Das scheitert nicht an den Naturschutzverbänden. Sie müssen erst einmal in Ihren eigenen Reihen schauen, dass Sie eine gerade Linie hinkriegen. Das ist wieder Populismus.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie lenken ab! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Erst mal vor der eigenen Tür kehren! – Kerstin Schreyer (CSU): Und das von den GRÜNEN!)

Wenn es darauf ankommt, sich draußen hinzustellen und Rückgrat zu zeigen, sind Sie wirklich sehr schlecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Gerd Mannes. – Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Stümpfig, die GRÜNEN haben uns mal wieder einen wirklich gruseligen Klimaantrag vorgelegt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wenn Sie es gruselig finden, dann ist gut!)

Sie wollen Deutschland mit Ihrem wirtschaftspolitischen Amoklauf zerstören – das wollen Sie. Sie wollen den Industriestandort Bayern abwickeln, indem Sie Bayern bis zum Jahr 2040 CO₂-neutral machen wollen. Sie haben recht, Sie erinnern noch einmal Herrn Ministerpräsidenten Söder und die Staatsregierung an ihre utopischen Versprechungen. Aber ich sage Ihnen etwas: Die Zeiten sind vorbei, in denen man mit solchen Märchen hat punkten können. – Herr Glauber, hören Sie zu. – Merken Sie sich endlich eines: Es gibt keine CO₂-neutrale Volkswirtschaft, die Wohlstand erwirtschaften kann. Die gibt es nicht. Es ist auch kein volkswirtschaftliches Ziel, CO₂ zu vermeiden. Herr Stümpfig, deswegen haben Sie in Ihrem Antrag kein einziges Wort dazu verloren, wie Sie diese Klimaziele erreichen wollen. Sie haben nichts dazu gesagt. Jetzt sortiere ich noch einmal – ich habe es vorhin schon gesagt – Ihre verrückten Weltrettungsfantasien. Im Gebäudesektor heizen in Bayern noch 70 % der Haushalte mit Öl und Gas. 2,7 Millionen Wohngebäude wurden vor 2020 gebaut. Schätzungsweise müssten davon 1,2 Millionen kernsaniert werden, damit eine Wärmepumpe überhaupt funktioniert. Insgesamt müssten rund 2 Millionen Gebäude bis 2040 saniert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das ist doch keine realistische Vorstellung, die Sie haben. Es fehlt an Handwerkern, an Kapital und auch an bezahlbaren Baustoffen. Das geht nicht.

Ich komme zum Mobilitätssektor. In Bayern gibt es 10 Millionen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, die zugelassen sind. Sie müssten 8,5 Millionen Verbrenner komplett ersetzen. Wie denn? – Sie fordern, dass die Bürger jedes Jahr ungefähr eine halbe Million E-Autos kaufen. Das ist doch eine absolut bürgerfeindliche Politik. Woher wollen die Leute das Geld nehmen? – Geht auch nicht. Übrigens gibt es für Lkws und Traktoren überhaupt noch keine CO₂-freien Antriebe. Das geht also auch nicht.

Ich komme zum Stromsektor. Sie haben in Ihrem Größenwahn grundlastfähige Kernkraftwerke in die Luft gesprengt. Das war ein Riesenfehler. Sie haben Kohlekraftwerke verschrottet und freiwillig auf russische Energielieferungen verzichtet. Das wissen Sie auch. Obwohl die Energiewende mit der wetterabhängigen Energieversorgung mit Wind und Solar gescheitert ist, fordern Sie das weiter. An Tagen mit Dunkelflaute liefert unsere in Deutschland installierte Leistung von ungefähr 140 Gigawatt kaum Strom. Sie wissen es selber. Wir haben den weltweit teuersten Strom. Ich sage Ihnen etwas: Die AfD wird diesen Irrsinn beenden, weil uns die Wähler dafür ein Mandat geben werden. So sieht es aus.

(Beifall bei der AfD)

Herr Stümpfig, aus meiner Sicht ist es ganz einfach. Sie beherrschen die Grundrechenarten nicht. Es ist nicht möglich – das habe ich gerade ausgeführt –, dass wir bis zum Jahr 2040 einen CO₂-Ausstoß von null haben werden. Das ist doch eine mathematische Gewissheit. Das müssen sogar Sie einsehen. Hören Sie mit Ihrem überheblichen Starrsinn auf, und kommen Sie endlich zur Vernunft. Sehr geehrte Kollegen, wir fordern ein sofortiges Moratorium für alle wirtschaftsschädlichen Klimaschutzauflagen. Das habe ich gerade ausgeführt. Bürger und Unternehmen dürfen nicht weiter zu sinnlosen Investitionen gezwungen werden. Hören wir also auf mit CO₂-Zertifikaten und CO₂-Abgaben, die unsere Volkswirtschaft zerstören. Das führt nur zu einer Verlage-

rung unserer Industrie ins Ausland. Auf dem Weltmarkt – das weiß jeder von Ihnen – gibt es keine Nachfrage nach grünem Ökowahn. Hören Sie also mit Ihrer Geisterfahrei auf.

Die bayerischen Klimaziele bis 2040 müssen wieder einkassiert werden. Sie können nicht erreicht werden. Wir haben momentan auch keine Klimakrise, wie Sie ausgeführt haben. Wissen Sie, was wir haben? – Eine Wirtschaftskrise. Diese hat die Ampel verursacht. Sie sind mit daran schuld.

(Beifall bei der AfD)

Also: Schluss mit Ihrem Ökowahn! Stimmen Sie unserem Antrag zu, damit Bayern wieder eine Zukunft hat.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Kollegin Dr. Andrea Behr. – Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte GRÜNEN-Fraktion, mit Ihren Anträgen versuchen Sie permanent, die Klimapolitik der Bayerischen Staatsregierung schlechtzureden. In Wahrheit ist es doch so, dass Bayern in Deutschland klimapolitischer Spitzenreiter ist. Dafür, dass Bayern bis 2040 klimaneutral werden soll, investiert der Freistaat 22 Milliarden Euro Steuer-geld – 22 Milliarden Euro! –, das aus der wirtschaftlichen Wertschöpfung in Bayern kommt. Wir brauchen deshalb eine starke Wirtschaft, damit wir uns gute Klimapolitik leisten können.

(Beifall bei der CSU)

Wir investieren zugleich in die Anpassung an den Klimawandel und dessen Folgen wie Trockenheitsperioden, Extremwetter- und Hochwasserereignisse. Auch das stellen

Sie von den GRÜNEN immer wieder in Frage. Gehen Ihnen die Themen aus, weil Sie immer und immer wieder in die gleiche Kerbe hauen?

Die CSU hat sich schon längst darum gekümmert, unter anderem mit dem Bayerischen Klimaschutzgesetz. Ziel dieses Gesetzes ist es, dass Bayern bis 2040 klimaneutral wird.

Der Freistaat liegt bei den Treibhausgasemissionen je Einwohner weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 8,9 Tonnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Während die THG-Emissionen pro Einwohner in Bayern im Zeitraum von 2020 bis 2022 um 0,3 Tonnen reduziert werden konnten, stiegen sie bundesweit um 0,1 Tonnen an. Ursache hierfür ist insbesondere die stärkere Kohleverstromung in Deutschland im Jahr 2022. Wer war dafür verantwortlich?

Hervorzuheben ist auch die deutlich verringerte Treibhausgasintensität in Bayern. Bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt konnten die Treibhausgasemissionen in Bayern von 1990 bis 2022 mehr als halbiert werden. Mit einem Wert von 143 Tonnen CO₂ je Million Euro Bruttoinlandsprodukt liegt die Treibhausgasintensität in Bayern rund 38 % unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Differenziert nach Sektoren zeigt sich, dass vor allem die Emissionen je Einwohner in den Sektoren Energiewirtschaft und Industrie in Bayern deutlich geringer ausfallen als in Gesamtdeutschland, während die Emissionen je Einwohner in den Sektoren Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft in der Größenordnung des bundesdeutschen Durchschnitts liegen.

Bayern ist innerhalb Deutschlands überall positiver Spitzenreiter. Das verkraften Sie mit Ihrer gescheiterten Ampel einfach nicht. So schaut es aus.

(Beifall bei der CSU)

Bereits seit 2014 dokumentiert die Bayerische Staatsregierung im Bayerischen Klimaschutzprogramm die Maßnahmen, mit denen sie Treibhausgasemissionen in Bayern reduziert und letztendlich konstruktiv an der Umsetzung der Pariser Klimaschutzziele mitwirkt.

Entscheidend für das Erreichen der nationalen und bayerischen Klimaziele sind geeignete Rahmenbedingungen und Weichenstellungen auf EU- und Bundesebene. Bund und EU sind gefordert, die Akzeptanz und Wirtschaftlichkeit klimagerechter Technologien weiter zu stärken und wirksame Anreize für die Dekarbonisierung zu geben. Dazu ist insbesondere ein verlässlicher Rahmen von der Gesetzgebung bis zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen entscheidend. Hier steht der Bund in der Pflicht, deutlich nachzubessern, damit die Klimaziele erreicht werden können.

Das Klimaschutzprogramm ist im Bayerischen Klimaschutzgesetz verbindlich verankert und wurde bereits zweimal fortgeschrieben. Die aktuelle Fortschreibung umfasst 110 Einzelmaßnahmen. Akzente setzt Bayern unter anderem im Bereich der Staatsverwaltung. Behörden und Einrichtungen der unmittelbaren Staatsverwaltung sollen bis zum Jahr 2028 klimaneutral sein.

Die Schönheit der Landschaft, die intakte Natur und das Vertrauen auf eine ausgezeichnete Versorgung sind und bleiben fester Bestandteil bayerischer Lebensqualität. Wir schützen Bayerns Natur und Bayerns Ressourcen.

(Beifall bei der CSU)

Da kommen Sie mit einem Antrag mit dem Titel "Bayern klimaneutral 2040 – Für Sicherheit, Wohlstand und ein gesundes Klima" um die Ecke. Noch einmal: Das, was Sie hier fordern, läuft in Bayern längst. Aus diesem Grund lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Und nun zum nachgezogenen Antrag der AfD: Erneuerbare Energien sind schon heute günstiger als fossiler Kohlestrom. Die Verfügbarkeit von Strom aus Windkraft

und PV ist ein entscheidender Standort- und Wettbewerbsfaktor. Ein Aussetzen von Klimazielen und die AfD-Forderung nach Kohlestrom schaden der bayerischen Wirtschaft und wären kontraproduktiv. Die Folge wären noch höhere Stromkosten und eine noch stärkere Abhängigkeit von teuren Importen fossiler Energien. Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern ist der wirksamste Schutz vor steigenden Energiepreisen.

Der Antrag der AfD ist umwelt- und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv. Aus diesem Grund lehnen wir ihn ebenfalls ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst erteile ich dem Abgeordneten Gerd Mannes, AfD-Fraktion, das Wort. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Ihre Ausführungen zeigen uns einfach: Sie sind genauso grün wie die GRÜNEN. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin persönlich schockiert.

Dr. Andrea Behr (CSU): Das glaubt nur er!

Gerd Mannes (AfD): Sie haben jetzt völlig falsche Ausführungen gemacht. Erstens. Wir sind wirtschaftspolitisch auf der richtigen Seite. Das, was Sie als teuer bezeichnen, sind CO₂-Zertifikate und Abgaben.

Zweitens. Ich bin von Ihrer Rede wirklich enttäuscht. Mit keinem einzigen Wort haben Sie gesagt, wie Sie Ihre utopischen Ziele bis 2040 erreichen wollen. Ich habe es gerade gesagt: Auf den Straßen fahren 10 Millionen Verbrenner. Wir müssen Millionen von Gebäuden sanieren. Sie wissen ganz genau, dass das nicht geht.

Zu Ihrer so tollen Klimawende oder Energiewende mit erneuerbaren Energien: Diese sind wetterabhängig. Da kommt auch nicht viel dabei herum. Sagen Sie endlich, wie

Sie die Ziele erreichen wollen, wenn Sie sie verteidigen, oder sagen Sie einfach: Es geht nicht.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Andrea Behr (CSU): Mit utopischen Zielen kennen Sie sich ja am besten aus. Natürlich können wir ganz viel erreichen, wenn wir die Bevölkerung mitnehmen, die Wirtschaft fördern und Anreize für Photovoltaik und für erneuerbare Energien schaffen.

(Beifall bei der CSU – Gerd Mannes (AfD): Sagen Sie doch endlich, wie Sie es machen wollen!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zu einer weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Kollegin Behr, ich begrüße, dass Sie sagen, das Aussetzen der Klimaziele schadet der bayerischen Wirtschaft. Das ist sehr gut.

Ich habe eine Frage an Sie. Sie haben sich den Sektor Energiewirtschaft hinsichtlich der Emissionen näher angesehen; das kam in Ihrer Rede vor. Wie können Sie sich erklären, dass wir im Jahr 2023, also dem Jahr des Atomausstiegs, niedrigere Emissionen als in den beiden Jahren davor, 2022 und 2021, hatten? Warum erklärt Ministerpräsident Markus Söder, dass wir ohne Atomstrom die Klimaziele nicht erreichen können, obwohl in dem betreffenden Jahr 2023 die Emissionen niedriger waren? Das sind Daten vom Landesamt für Statistik; diese können Sie dort nachlesen. Wie erklären Sie sich, dass er dieses Argument zieht?

Dr. Andrea Behr (CSU): Ich würde mich schämen, solche Fragen zu stellen, wenn meine Politik dafür verantwortlich wäre, dass wir ad hoc, ohne nachzudenken, den sofortigen Atomausstieg vollzogen haben, ohne zu wissen, wie wir den Gap schließen können. Das andere ist natürlich, dass die Kohlekraftwerke wieder instandgesetzt wurden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wer hat das beschlossen? Sie selber haben das doch beschlossen!)

Das ist doch hirnrissig.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian von Brunn für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Natürlich müssen wir alles dafür tun, um Klimaschutz zu machen, um die existenzbedrohende Gefahr, die über unseren Köpfen schwebt, abzuwenden. Auch wenn die AfD das bestreitet, die Realität spricht eine andere Sprache. Im Moment ist es so, dass die Welt Klimaschäden von 38 Billionen Dollar pro Jahr verzeichnen muss. Allein die heißen und trockenen Sommer 2018 und 2019 sowie die Fluten im Ahrtal und in Nordrhein-Westfalen haben Schäden von fast 81 Milliarden Euro in Deutschland verursacht.

Das zeigt doch, genauso wie das Juni-Hochwasser in Bayern in diesem Jahr, dass Handeln unbedingt und dringend zur Gefahrenabwehr erforderlich ist. Nachdem die Welt sich auf den Weg gemacht hat, Klimaschutz zu betreiben, die Europäische Union es beschlossen hat, weil es notwendig ist, müssen wir natürlich auch handeln, um zum Beispiel unsere Wirtschaft bei dieser Veränderung zu unterstützen, um Arbeitsplätze zu sichern, zum Beispiel in der Automobilindustrie.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Späte Erkenntnis!)

Das ist notwendig, und das wäre eigentlich Chefsache, und deswegen wundere ich mich, dass sich der Ministerpräsident bei dieser Debatte, wenn es in Bayern auch um Bayern geht – 200.000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie, insgesamt 400.000,

wenn man die indirekt verbundenen Arbeitsplätze noch dazu nimmt –, gar nicht mehr um dieses Thema kümmert. Wer sich erinnert – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er macht den Autogipfel! Er macht mehr als der Kanzler!)

– Na ja, Autogipfel! 100 Millionen Euro für einen Fonds; 15 Millionen Euro geben Sie schon allein für die Reptilienstation aus. Das zeigt doch sehr deutlich, welchen Stellenwert die Automobilindustrie für Sie wirklich hat.

Der Ministerpräsident engagiert sich zurzeit als Foodblogger auf Social Media. Er ist der Ersatzkanzlerkandidat für Herrn Merz und ist deswegen in Polen und Tschechien unterwegs,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Deutschland braucht den Wandel!)

während wir hier über das Modernisierungsgesetz reden. Er ist lieber auf Auslandsreise als im Parlament, wenn es um wichtige Fragen geht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er kümmert sich halt!)

Das muss man einfach mal an dieser Stelle festhalten.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Weil er auf anderen Feldern unterwegs ist, sollen jetzt die Klimaziele verschoben werden. Ich erinnere daran, dass er vor ein paar Jahren noch Bäume umarmt hat. Da war ihm der Klimaschutz persönlich ganz wichtig.

Aber auch der stellvertretende Ministerpräsident und zuständige Minister ist schon wieder weg. Er macht lieber Bundestagswahlkampf, anstatt sich um Klimaschutz und die Energiewende zu kümmern.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das sind Fake News! Beweisen Sie das! Ich möchte einen Beweis dafür! Das ist Populismus, genau das, was Sie immer anprangern! Das ist Populismus pur!)

– Ich kann Ihnen gerne mal aufzählen, was Sie eigentlich beigetragen haben. Von einem konstruktiven Beitrag zum Klimaschutz kann man nicht sprechen. Herr Aiwan-ger ist in Erding und bei anderen Gelegenheiten dafür eingetreten, dass man die Förderung von Wärmepumpen wieder abschafft. Da wollen Sie den Weg wieder zurückgehen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ich habe gesagt, in aktueller Zeit, in den letzten Tagen! Geben Sie mir ein Beispiel aus den letzten Tagen!)

Sie wollen das Deutschlandticket abschaffen. Sie haben keine eigenen sinnvollen Vorschläge und, ganz faktisch, der Windkraftausbau stagniert in Bayern. Wir kommen nicht voran. Das ist schon der Unterschied, den man machen muss, zwischen der Bundesregierung, die Sie so viel kritisieren, und dieser Staatsregierung. Während Sie miesmachen, während Sie schimpfen und während Sie Fortschritt verweigern, hat diese Bundesregierung, die im Moment noch im Amt ist, den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland massiv beschleunigt.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Und den rechten Rand gestärkt!)

Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie haben den Ausstoß fossiler CO₂-Energien erhöht!)

Wir haben ein Konzept, und wir haben Milliarden in die Förderung der Transformation investiert. Daran sollten Sie sich mal ein Beispiel nehmen und den Ausbau der Erneuerbaren, vor allem auch den Ausbau der Windkraft in Bayern, beschleunigen. Dazu gehört übrigens auch, das klimafreundliche Heizen in Bayern weiter voranzubringen, Wärmepumpen und Geothermie statt Ihrer Wasserstoffillusionen. Dazu gibt es gerade

eine aktuelle Studie des Fraunhofer-Instituts, die deutlich macht, mit welchen Wasserstoffpreisen wir in Deutschland rechnen müssen: 139 Euro pro Megawattstunde, wenn wir die Erneuerbaren nicht ausbauen. Das lässt doch die ganzen Blütenträume, die Wasserstoffträume von Herrn Aiwanger, wie Seifenblasen zerplatzen, weil sie einfach viel zu teuer sind.

Deswegen sage ich es noch einmal: Wir brauchen eine verantwortliche, eine vernünftige Klimapolitik in Bayern, die den Ausbau der Erneuerbaren voranbringt, die den Ausbau von sauberen und bezahlbaren Energien voranbringt, statt Foodblogging, statt Populismus und statt Dauerwahlkampf von Selbstdarstellern.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Unser Ministerpräsident macht mehr als Ihr Kanzler!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Josef Lausch für die FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Also, da muss man jetzt direkt lachen. Sie sprechen davon, dass Sie die erneuerbaren Energien ausbauen und fördern. Das Gegenteil ist der Fall. Nachdem der Kollege Stümpfig sich zu der Biogasproblematik, dem Biomasse-Paket der Bundesregierung vom 6. Dezember 2024 – soweit ich weiß, ist die SPD ein Teil davon –, nicht geäußert hat und auf meine Frage hin ausgewichen ist,

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

bitte ich Sie, sich zu äußern: Wie sehen Sie das, wie stehen Sie zur Biomasse und zum Biogas-Paket, das zur Abwicklung einer ganzen Branche der erneuerbaren Energien führt?

Florian von Brunn (SPD): Wir als SPD haben immer gesagt, dass wir die Bestandsanlagen unterstützen wollen,

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

obwohl Stromproduktion aus Biogas deutlich teurer ist als aus Wind und Sonne. Das muss man ganz klar sagen. Das ist fast doppelt so teuer. Das Biogas-Paket liegt im Deutschen Bundestag.

(Zuruf: Da liegt es gut!)

Wenn CDU/CSU bereit sind, konstruktiv darüber zu reden, so wie bei vielen anderen Punkten – Netzentgelte, Senkung der Stromsteuer –, dann kann man das machen. Aber offensichtlich ist es so, dass Sie lieber Wahlkampf machen, statt konstruktive Lösungen für die Betroffenen zu erarbeiten.

(Beifall bei der SPD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Schon wieder Populismus!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Benno Zierer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von den GRÜNEN, Sie müssen die Staatsregierung und vor allem unseren Umweltminister nicht auffordern, die bayerischen Klimaziele mit oberster Priorität zu verfolgen; denn das passiert bereits seit Langem, und es passiert intensiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir tun halt was, und bei Ihnen sind es immer dieselben Orgelspieler, die immer dieselbe Leier bringen, aber keine Lösungsvorschläge.

Klimaschutz hat für die Staatsregierung höchste Priorität, und auch die beteiligten Stellen arbeiten mit großer Anstrengung an Maßnahmen für das Klimaschutzprogramm. Die Mittel dafür stehen auch zur Verfügung, auch wenn im Haushalt immer knapper kalkuliert werden muss. Dank der Klimamilliarde ist das möglich. Das alles ist natürlich eine Mammutaufgabe, und es ist sicher sehr ambitioniert, das Jahr 2040 als Zielmarke für Klimaneutralität zu setzen.

Dass man sich da fragt, ob das zu schaffen ist, ist doch völlig normal. Aber es war nie die Rede davon, mit den Anstrengungen nachzulassen. Die Frage, ob wir in Bayern unsere Ziele erreichen können, stellt sich angesichts der Tatsache, dass wir das nicht allein können, dass wir abhängig sind von den Rahmenbedingungen, die Berlin und Brüssel setzen. Bayern macht seine Hausaufgaben. Wir wissen zum Beispiel noch nicht, wie die nächste Bundesregierung aussieht und was sie in Sachen Klimaschutz vorhat.

Es gibt noch eine große Unbekannte, die wir mit allen Gesetzen und Klimaschutzprogrammen nur wenig beeinflussen können; meine Damen und Herren, das ist das Verhalten der Menschen. Was tut der Einzelne für den Klimaschutz? – Da braucht es noch viele Veränderungen und wahrscheinlich auch Einschränkungen, auch wenn das die Betroffenen vielleicht nicht gerne hören wollen. Ob das bei der Mobilität, beim Reisen oder beim Konsumverhalten ist: Der eine fährt mit dem Radl in die Stadt und kauft nachhaltig ein, der andere bestellt lauter Graffel in China, bei Temu oder sonst wo. Auch darüber muss nachgedacht werden. Der eine ernährt sich bewusst regional und saisonal, der andere stellt sich in der Früh um drei beim Lidl hin, weil er noch eine Tafel Dubai-Schokolade will. – Das sind so viele individuelle Entscheidungen, die beeinflussen, ob es uns gelingt oder nicht, die Treibhausgase zu verringern. Aber wir in der Politik können den Menschen nicht alles vorschreiben. Die Menschen müssen diesen Weg auch mitgehen. Da ist noch viel an Bewusstseinsveränderung notwendig. Der Staat soll und muss eine Vorbildfunktion einnehmen und mit gutem Beispiel vorgehen. Das versuchen wir in Bayern mit unserem Klimaschutzprogramm.

Den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN werden wir ablehnen. Auf den Nachzieher der AfD möchte ich gar nicht eingehen. Sämtliche Bemühungen beim Klimaschutz einzustellen, kann keine Option sein. Darum werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Kollege Zierer, dir ist es immer überlassen, das, was die Staatsregierung alles macht, dann noch zu loben. Ich möchte nur noch einmal die Zahlen in Erinnerung rufen, die jetzt das Bayerische Landesamt für Statistik bestätigt hat: Wir hatten 85 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß, genau 85,5 Millionen Tonnen, im letzten Jahr. Wenn man jetzt noch die Stromimporte dazunimmt, die notwendig sind, sind das noch einmal rund 8 Millionen Tonnen. Dann sind wir also schon bei gut 93 Millionen Tonnen. Im Vergleich zu 1990 ist das dann gerade einmal eine Reduktion von 16,5 %.

Jetzt habt ihr aber das Ziel, bis 2030, also bis in fünf Jahren, 65 % Reduktion zu erreichen. Das heißt: In den nächsten fünf Jahren sind es 10 % pro Jahr. Ihr habt aber in den letzten 35 Jahren gerade einmal 16 % geschafft. Wie soll das gehen? – Irgendwann muss einmal etwas geschehen: Ein Klimaruck, hat Ministerpräsident Söder vor ein paar Jahren noch gesagt, soll jetzt durch Deutschland gehen. Wo ist dieser Klimaruck? Wie wollen wir denn 10 % pro Jahr schaffen, wenn man nur so weiterdünzelt? Das Graffel aus China macht es auch nicht besser.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Das sind eben Ziele, die man sich setzen muss. Wie weit wir dann kommen

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Besser, als nichts zu tun!)

und ob wir bei der Windenergie alles nachziehen können, wird die Zukunft zeigen. Wir brauchen die Einspeisepunkte. Daran arbeiten unser Wirtschaftsminister und der Umweltminister intensiv. Mehr kann man nicht tun. Das ist die Aufgabe der Politik: Dinge anzuschieben. Wie schnell sie dann umsetzbar sind, allein aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, das haben wir nicht alles in der Hand; aber Thorsten Glauber und Hubert Aiwanger arbeiten ständig und intensiv an genau diesen Themen. Dazu brauchen wir alle und dürfen nicht nur immer, wie ein Drehorgelspieler, die Leier bringen: Ja, ja, ja, ich bin nicht zufrieden, ich bin nicht zufrieden. – Bringen Sie konkrete Ansätze, die kurzfristig und schnell umsetzbar sind.

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Dann fließen sie auch in die Politik ein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Die Meldung zu einer Zwischenbemerkung, die gerade eben noch eingegangen ist, kam zu spät. Das wollte ich nur sagen. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatsminister Thorsten Glauber.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Vizepräsident, sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat Bayern steht natürlich zu seinen Klimaschutzzielen. Der Freistaat Bayern hat ein Klimaschutzgesetz. Das Hohe Haus, das Parlament, hat dieses Klimaschutzgesetz beschlossen, und das gilt. Bayerns Ziel, bis 2040 klimaneutral zu werden, steht. Dafür arbeitet diese Staatsregierung, dafür arbeitet der Bayerische Landtag, dafür arbeiten wir als Abgeordnete.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Herr Stümpfig, ich verstehe es nicht. Sie sagen beim Thema Klimaschutz: Bayern kann es nicht, Bayern macht es nicht, Bayern will nicht. – Ich finde, erstens ist es nicht

in Ordnung, wie Sie es vortragen. Zweitens widerspricht es völlig den Zahlen, die Bayern vorweisen kann. Und drittens steht Bayern unter den Bundesländern bei der Produktion der erneuerbaren Energien und bei den CO₂-Treibhausgasemissionen auf Platz eins. Sie stellen sich hier hin und sagen: Bayern hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. – Bayern hat mit 6,4 Tonnen CO₂ pro Kopf, anders als der Bund mit 9 Tonnen, seine Hausaufgaben sehr wohl gemacht. Bayern steht komplett anders da.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Warum stellen Sie sich immer wieder hier hin und machen immer wieder den gleichen Fehler mit dem Versuch, uns und der Bevölkerung zu vermitteln, die Staatsregierung würde nicht für den Klimaschutz eintreten. Das Umweltministerium gibt allein für die Anpassung an den Klimawandel ein Drittel seines Haushaltes aus. In der sogenannten Hochwasserstrategie, die wir in Bayern verfolgen, versuchen wir gerade, HQ100 plus Klimazuschlag, den Grundschutz für die Bürgerinnen und Bürger, an allen Stellen auszubauen. Wir haben pro Kopf mehr Geld als jedes andere Bundesland in den Hochwasserschutz investiert, weil es uns ein wichtiges Anliegen ist, die Menschen bei Starkregenereignissen zu schützen. Was haben Sie gemacht? – Sie haben auf der Bundesebene in der Nationalen Hochwasserschutzstrategie die Mittel um die Hälfte gekürzt.

(Martin Wagle (CSU): Oha!)

Erzählen Sie uns also nicht, wir würden die Menschen am Ende

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

des Tages nicht vor Naturgefahren schützen wollen.

Wir haben zwischen dem Jahr 2019 und dem Jahr 2023 den CO₂-Ausstoß um eine Tonne pro Einwohner reduziert, von 7,3 auf jetzt 6,4 Tonnen in 2023. Das ist eine Tonne weniger. Nehmen wir jetzt einmal die 6,4 Tonnen als Ausgangspunkt. Schauen

Sie sich unseren Fahrplan an: Wenn es genau linear heruntergeschrieben wird, sind wir 2040 bei zwei Tonnen.

Bei einem Ausbau der erneuerbaren Energien nach den Vorgaben des Wirtschaftsministeriums im Energieplan erreichen wir bis 2040 bei der Photovoltaik 80 Gigawatt. Durch die Ertüchtigung erreichen wir eine weitere Terawattstunde an Wasserkraft in Bayern. Wir wollen 1.000 Windräder bauen. Wir sind in der Landesplanung beim Thema der Planungsbezirke, was die Windkraft angeht, auf einem Stand, dass wir unser 1,8-%-Ziel jetzt locker erreichen. Wir werden am Ende die 1.000 Windräder bauen. Das ist alles auf Vorfahrt geschaltet.

Sie können im Prinzip natürlich immer wieder versuchen, es zu behindern. Wir werden in Bayern genau diesen Fahrplan umsetzen. Das haben das Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium und die ganze Staatsregierung sich am Ende wirklich als Ziel gesetzt. Wir werden nicht nachlassen. Sie können noch so oft an dieses Rednerpult treten. Ich bin gespannt. Am Ende, Ende Februar oder Anfang März, wird es eine neue Bundesregierung geben. Dann wird man sehen, wie diese Themen sich weiterentwickeln. Sie haben in den letzten vier Jahren – das muss hier einfach auch einmal gesagt werden – die Menschen beim Thema Klimaschutz auf der einen Seite maximal bevormundet, und Sie haben sie auf der anderen Seite maximal verunsichert. Das haben wir als Staatsregierung nie gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie haben es in vier Jahren nie geschafft, die Menschen für Ihre Politik und für Ihre Idee zu gewinnen. Man muss die Menschen auch mitnehmen. Man kann sie nicht immer von oben herab bevormunden und ihnen sagen, wie sie zu leben haben. Dann kann man auch Menschen begeistern. Nach dem Grundsatz "Leben und leben lassen" stehen wir in Bayern dafür ein, Menschen mitzunehmen und für Dinge zu begeistern. Wir in Bayern verfolgen als Staatsregierung, als Parlament, als letztendlich Verantwortliche aus CSU und FREIEN WÄHLERN einen komplett anderen Ansatz. Ich glau-

be auch: Wer seine Ziele erreichen will, muss die Menschen in der Politik mitnehmen. Er muss sie an seiner Seite haben. Er sollte sie nicht ausgrenzen. Er muss sie auch nicht überfordern; aber jeder kann seinen Beitrag leisten. In Bayern ist das herzlich willkommen.

Ich bitte darum, diese Politik, die wir in Bayern begonnen haben, auf Bundesebene tatsächlich so vorwärtszubringen. Dann wird es auch etwas mit den Klimaschutzzielen; denn ich glaube, Bayern ist, auch was die Wirtschaftspolitik angeht, immer gut aufgestellt gewesen. Wir haben ein Problem auf der Bundesebene und nicht auf der bayerischen Ebene.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

So kann ich nur sagen: Sie können es hier immer wieder versuchen, Bayern ein Stück weit als säumig anzuzeigen. Ihre Bilanz der letzten vier Jahre, die Bilanz Ihrer Bundesumweltministerin und Ihres Bundeswirtschaftsministers, ist mit Sicherheit nicht die, die wir hier überhaupt diskutieren wollen. Wir machen nämlich eine andere Politik. Wir stehen für eine andere Politik. Wir werden auch in Zukunft in Bayern eine andere Politik machen. Das haben die Menschen in Bayern verdient. Frohe Weihnachten und alles Gute!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst hat der Abgeordnete Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Danke, Herr Glauber. – Bevor wir jetzt in den Weihnachtsurlaub gehen, muss ich Sie noch etwas fragen.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Unbedingt.

Gerd Mannes (AfD): Ihre Ausführungen, die Sie jetzt gemacht haben, waren im Wesentlichen auf den Stromsektor bezogen. Sie wissen aber: Wir haben noch die Mobilität, und wir haben noch die Gebäude. Ich habe es vorhin schon die Kollegin von der CSU gefragt, und Sie haben dazu jetzt auch nichts gesagt. Das soll jetzt ein seriöses Ziel sein, bis 2040 CO₂-neutral zu sein. Dann sagen Sie doch jetzt: Wie wollen Sie es schaffen, dass die 10 Millionen Verbrennermotoren bis 2040 von Bayerns Straßen verschwunden sind und dass die Millionen von Gebäuden – da schätzen wir eineinhalb oder zwei Millionen Gebäude sind betroffen – kernsaniert werden? Wie wollen Sie das erreichen? Dazu haben Sie nichts gesagt.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich beantworte Ihre Fragen in umgekehrter Reihenfolge, von hinten nach vorn. Als Architekt sage ich Ihnen, dass wir natürlich dazu angehalten sind – das ist das beste Handwerkerprogramm überhaupt –, Gebäude energiesparend zu sanieren. Energie wird eingespart, indem man das Dach dämmt, Fenster erneuert sowie Wände und Keller dämmt. Das macht man automatisch. Das kostet Geld. Das muss man aber nicht alles auf einmal machen. Dann hat man aber einen völlig anderen Energieaufwand. Ob die Wärmepumpe die benötigte Energie allein zur Verfügung stellen kann, wird man dann sehen. Eine energetische Sanierung wird bei einem Haus aus dem 19. Jahrhundert sicherlich deutlich schwieriger sein als beispielsweise bei einem Haus Baujahr 1970. Bei einem Neubau aus dem Jahr 2024 brauchen wir gar nicht zu überlegen, dafür ist eine Wärmepumpe das ideale Element zum Beheizen.

Man sollte deshalb nicht immer ein Szenario zeichnen, als könnten wir das nicht. Wir können es im Prinzip auf allen Feldern. Es kann sein, dass man noch eine ganze Weile mit Feuer heizen muss. Verbrennen kann man aber auch Wasserstoff. Wir haben einen Plan. Wir wollen bei der Sanierung auf die Wärmepumpe umstellen. Jedes neue Gebäude wird am Ende mit der Wärmepumpe perfekt beheizbar sein. Wir haben in Bayern zum Beispiel die Flussthermie wiederbelebt, um größere Neubauten mit Wärmepumpen beheizen zu können.

Zur Mobilität: Schauen Sie sich den Wirkungsgrad eines Verbrennungsmotors an. Ein sehr guter Verbrennungsmotor wie der Dieselmotor hat in seiner besten Ausführung einen Wirkungsgrad von maximal 40 %. Wenn Sie diesen Wert mit jenem eines Elektromotors vergleichen, stellen Sie einen Vorteil der Elektromobilität fest; denn der Wirkungsgrad eines modernen Elektrofahrzeugs liegt bei 68 bis 70 %. Allein der Wirkungsgrad und die Effizienz werden die Bürgerinnen und Bürger zum Kauf von Elektroautos bewegen, wenn sie deutlich günstiger werden, weil Geld gespart wird. Elektroautos brauchen weniger Energie und weniger Einsatz an Energieträgern.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Ich sage Ihnen noch eines: Ich würde gerne die Wertschöpfung bei uns in Bayern behalten, indem wir über Photovoltaikanlagen, über Windkraftanlagen und Wasserkraftanlagen unsere Autos beladen. Ich würde lieber die Wertschöpfung aus Bayern ins Auto tanken, als am Ende einen fossilen Energieträger aus den USA, Saudi-Arabien oder aus Russland zu importieren. Deshalb ganz klar: Wir stehen zur heimischen Energieversorgung.

Wir stehen zu unserer heimischen Technologie. Wenn Sie heute mit BMW sprechen, versichern sie Ihnen, dass sie das können. Sie folgen diesem Fahrplan. Von daher: Zeichnen Sie bitte nicht immer so ein Szenario. Sie wollen meiner Meinung nach eine Welt malen, die so nicht existiert. Sie sind Bewahrer der Asche. Sie geben kein Feuer weiter. Sie leben keine Transformation. Das Bewahren der Asche braucht die Jugend nicht. Wir brauchen Transformation.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Staatsminister, wir begrüßen sehr, dass Sie sagen, Bayern steht zu seinen Klimaschutzzielen 2040. Das ist eine Aussage, der wir zustimmen. Jawohl, das ist ganz dringend notwendig. Ich müsste meine Frage eher an den Ministerpräsidenten bzw. den Vizeministerpräsidenten richten. Da beide heute aber nicht hier sind, frage ich Sie. Gerade bei dem Ziel, Menschen mitzunehmen, sind wir einer Meinung. Macht es Sinn, dass man die Klimaschutzziele mit irgendwelchen eigenartigen Argumenten infrage stellt? Erreicht man so die Menschen? Die Transformation ist wirklich eine schwierige Aufgabe. Bringt das Hinterfragen nicht vielmehr durcheinander?

Abschließend noch eine weitere Frage. Wir haben im Verkehrsbereich mit 30 Millionen Tonnen in Bayern die höchsten Emissionen. Warum stellt sich Bayern als einziges Bundesland gegen die Finanzierung des Deutschlandtickets?

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Weil wir im ländlichen Raum nicht überall ÖPNV fahren können!)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich glaube, dass sich heute alle Redner zu dem Weg, den Bayern eingeschlagen hat, bekannt haben. Deswegen gibt es auch keine Debatte darüber, ob der eingeschlagene Weg Bayerns richtig ist. Aktuell haben wir 70 % erneuerbare Energien. Es gibt keine Debatte darüber, ob dieser Weg vorbildlich ist. Ja, dieser Weg ist vorbildlich. Wir werden an diesem vorbildlichen Weg festhalten. So sieht das letztendlich auch die Staatsregierung.

Auf die Frage, warum man bei dem Thema "Ticket und Mobilität" die Welt auch in der Gesamtheit diskutieren muss und auch den Preis des einzelnen Tickets oder des Deutschlandtickets diskutieren muss, entgegne ich: Sie wissen doch ganz genau, dass wir enorme Investitionen in die Verkehrs- und Bahninfrastruktur haben. Diese enormen Infrastrukturinvestitionen brauchen Sie überall. Sie brauchen sie nicht nur in den Metropolen, sondern auch im ländlichen Raum. Sie müssen auch im ländlichen Raum ein attraktives Angebot schaffen. Bayern ist ein Flächenland. Wenn Sie nur

einem Teil der Bevölkerung ein vorbildliches Mobilitätsangebot machen, grenzen Sie einen großen Teil der Bevölkerung Bayerns als Flächenland aus. Ich will diese Ausgrenzung nicht, bei der nur ein Teil der Bevölkerung Bayerns Vorteile hat, indem ein gutes Mobilitätskonzept in der Stadt oder einer Metropole genutzt werden kann. Wir müssen das über die Metropolen hinaus breiter denken. Wir haben als Staatsregierung die Aufgabe, an Land und Stadt zu denken. Deshalb bringen wir so etwas in die Debatte ein. Die Forderung, ländliche Regionen nicht zu vernachlässigen und auch ihnen ein Angebot zu machen, ist berechtigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/4314 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/4365 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.